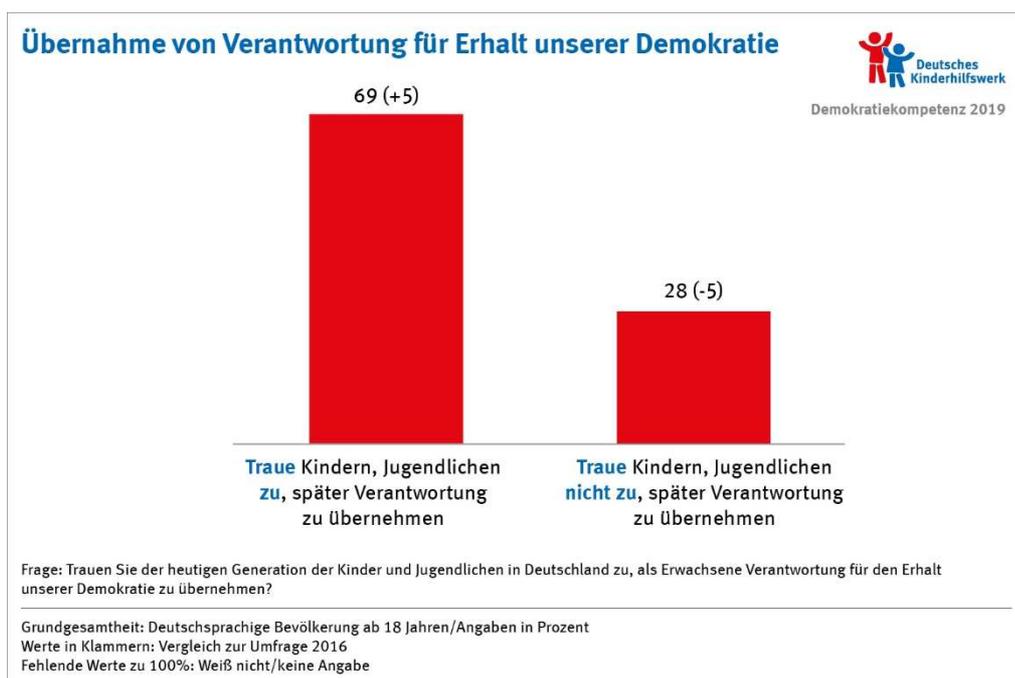


Repräsentative Umfrage zum Weltkindertag 2019: Demokratiekompetenz von Kindern und Jugendlichen

In den vergangenen Jahren wurde in Deutschland – insbesondere angesichts globaler Krisen sowie des zunehmenden Zuzugs von geflüchteten Menschen nach Europa – intensiv über einen wahrnehmbaren Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösungskompetenz der Politik und die damit verbundenen Herausforderungen für die Demokratie diskutiert. Parallel ließ sich jedoch auch eine gegenläufige Entwicklung beobachten: Bei den Diskussionen um die Reform des Urheberrechts und die sog. Upload-Filter und allem voran im Zuge der Fridays-for-Future-Bewegung haben wir erlebt, dass sich junge Menschen verstärkt in politische Themen einmischen und teilweise mit ihrem Engagement Diskussionsprozesse nicht nur mitprägen, sondern sie sogar dominieren.

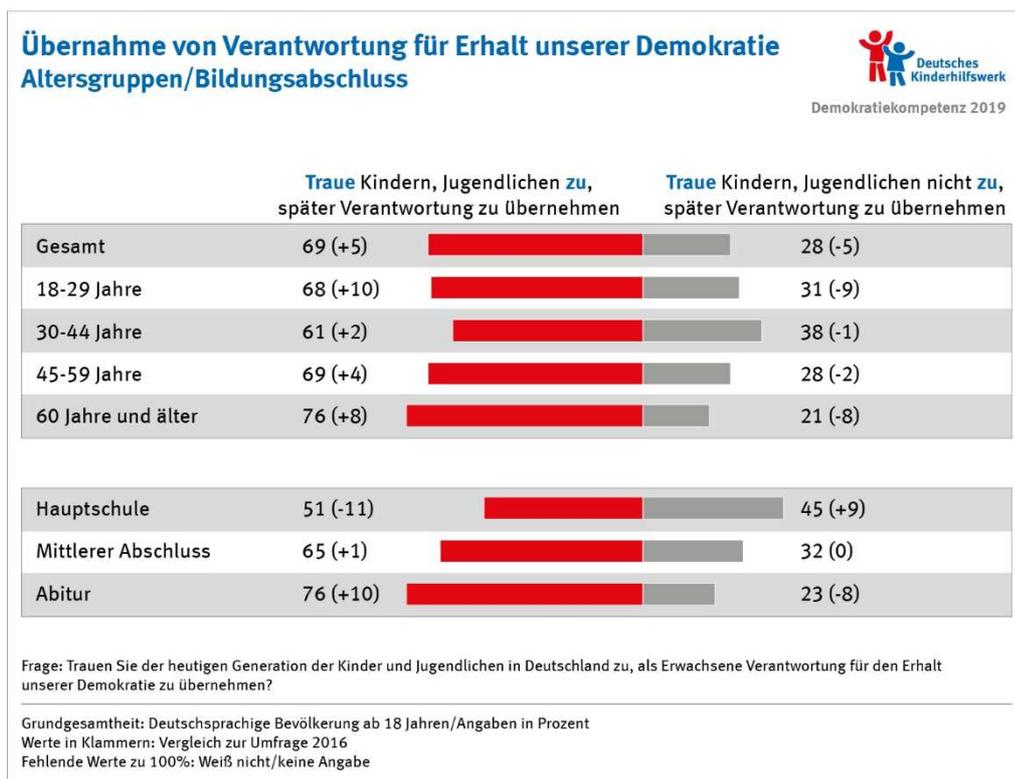
Vor diesen Hintergründen ist die Frage nach der Zukunft unserer Demokratie nicht nur eine der Demokratiefähigkeit der derzeitigen Erwachsenen. Wichtig ist auch, wie sich unsere Demokratie in längerfristiger Perspektive entwickelt und welche Rolle Kinder und Jugendliche dabei spielen sollen und können.

Für die repräsentative Umfrage zum Weltkindertag 2019 wurden vom Politik- und Sozialforschungsinstitut Forsa im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes deutschlandweit 1.012 deutschsprachige Personen ab 18 Jahren in Deutschland befragt. Die statistische Fehlertoleranz liegt bei +/- drei Prozentpunkten. Gleichlautende Fragen wurden für das Deutsche Kinderhilfswerk bereits im Dezember 2016 (von infratest dimap) gestellt, so dass an vielen Stellen bemerkenswerte Veränderungen in den Einstellungen der erwachsenen deutschsprachigen Bevölkerung ausgewiesen werden können.



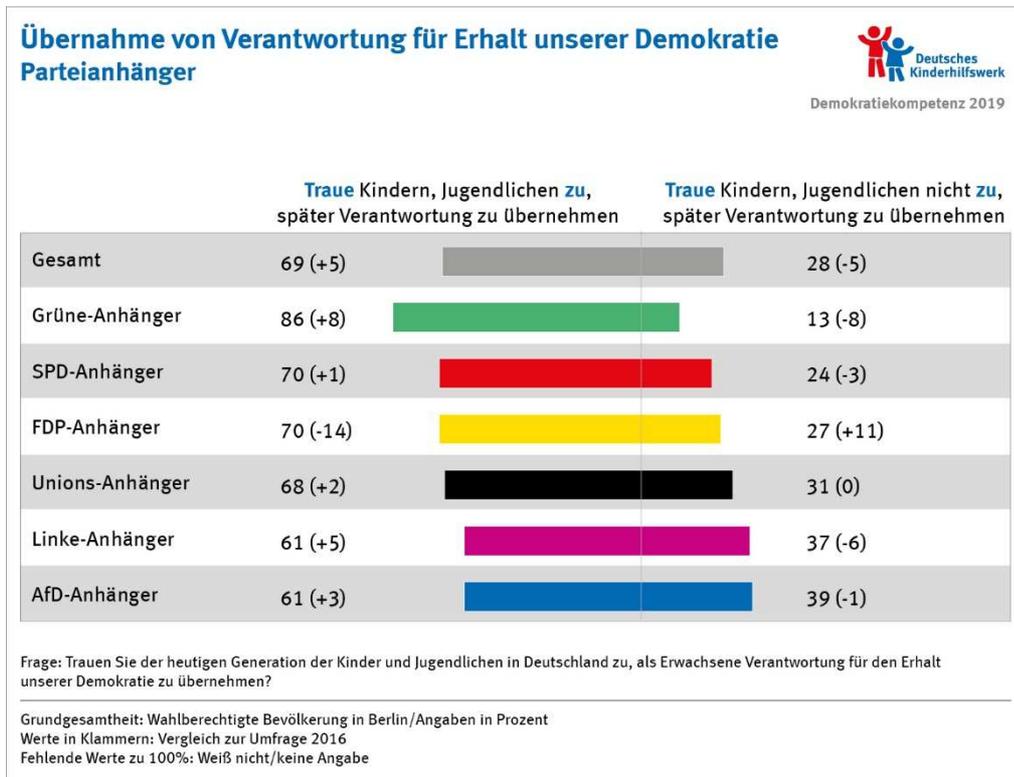
In die Demokratiefähigkeit der nachfolgenden Generation haben die erwachsenen Befragten mehrheitlich Vertrauen: 69 Prozent, und damit 5 Prozent mehr als in einer gleichlautenden Befragung vor drei Jahren, trauen der heutigen Generation der Kinder und Jugendlichen zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie in Deutschland zu übernehmen. Allerdings äußert sich immerhin fast jede und jeder dritte Befragte (28 Prozent) eher skeptisch, ob sich die heutigen Kinder und Jugendlichen verantwortlich für unsere Demokratie einsetzen können und werden.

Bemerkenswert ist, dass das Vertrauen in die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen vor allem bei älteren Bürgerinnen und Bürgern ausgeprägt ist: zwar bringen auch jüngere Erwachsene im Alter von 18 bis 29 Jahren ebenso wie die Befragten zwischen 45 und 59 Jahren der nachfolgenden Generation mehrheitlich Vertrauen entgegen (69 Prozent), ältere Bürgerinnen und Bürger über 60 Jahren sprechen der jüngeren Generation jedoch deutlich häufiger ihr Vertrauen aus (76 Prozent). Die größten Zuwächse zeigen sich dabei bei den 18 bis 29-jährigen mit einem Plus von 10 Prozentpunkten gegenüber 2016.



Klare Unterschiede gibt es in der Bewertung dieser Frage auch entlang des Bildungsabschlusses, wobei sich diese noch verstärkt haben. Das Zutrauen von Menschen mit Haupt-/Volksschulabschluss fällt mit 51 Prozent (minus 11 Prozent) wesentlich geringer aus als von Menschen mit mittlerem Abschluss (65 Prozent – plus 1 Prozent) und Befragten mit Abitur/Studium (76 Prozent – plus 10 Prozent).

Auch fast 30 Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten fällt auf, dass in Sachen Demokratie und Demokratiefähigkeit die Bewertungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland noch immer heterogen sind. So bringen in der Frage der Demokratiefähigkeit der jüngeren Generation 70 Prozent der Westdeutschen (plus 5 Prozent) dieses Vertrauen entgegen, im Osten liegt die Zustimmungsrate mit 64 Prozent (plus 6 Prozent) merklich darunter.



Vertrauen in die Demokratiefähigkeit der Kinder und Jugendlichen besteht mehrheitlich auch bei den Anhängerschaften der wichtigsten politischen Parteien, jedoch in unterschiedlich starker Ausprägung. Auch lassen sich teils große Unterschiede zur Umfrage vor drei Jahren beobachten: 86 Prozent der Anhängerinnen und Anhängern der Grünen (plus 8 Prozent) trauen der heutigen Jugend zu, als Erwachsene Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen. Im Lager der SPD (70 Prozent – plus 1 Prozent) und der FDP (70 Prozent – minus 14 Prozent) sprechen gut zwei Drittel der Anhängerinnen und Anhänger den Jugendlichen ihr Vertrauen aus. Etwas geringer fällt das Zutrauen in den Reihen der Union (68 Prozent – plus 2 Prozent) aus. Wie vor drei Jahren ist der Glaube an die Demokratiefähigkeit der jüngeren Generation unterdurchschnittlich bei den Anhängerinnen und Anhängern der Linken (61 Prozent – plus 5 Prozent) und der AfD (61 Prozent – plus 3 Prozent) ausgeprägt, rund vier von zehn zweifeln jedoch an, dass die Jugendlichen später Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie übernehmen können.

Schlussfolgerungen

Die Vermittlung von Demokratiefähigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dieser Aufgabe müssen wir uns als Erwachsene nach wie vor und für jede Generation aufs Neue stellen. Dementsprechend freut es uns sehr, dass das Vertrauen der Erwachsenen in die Fähigkeit von Kindern und Jugendlichen, die Demokratie in Deutschland auch zukünftig zu bewahren, gestiegen ist. Dabei zeigen beispielsweise die Diskussion um die Reform des Urheberrechts oder die Fridays-for-Future-Bewegung sehr deutlich, mit welchem Engagement und welcher hoher Kompetenz Kinder und Jugendliche schon in jungen Jahren um komplexe Probleme streiten können.

Dies ist ein erfreulicher Befund – trotzdem dürfen wir die Aufgabe der jetzigen Erwachsenengeneration, die nachfolgende Generation auf die Bewahrung der Demokratie in Deutschland vorzubereiten nicht aus den Augen verlieren. Es sind die Erwachsenen, die Kindern und Jugendlichen das Wissen über und die Bedeutung unserer Demokratie näher bringen, die Bedingungen für Mitbestimmungserfahrungen schaffen und Kinder und Jugendliche darin bestärken, unsere Demokratie mit zu erhalten. Damit dies erfolgreich gelingen kann, braucht es aber neben der Vermittlung von Demokratiekompetenzen auch Vertrauen in Kinder und Jugendliche, diese Aufgabe stemmen zu können.

Auffallend ist bei näherer Betrachtung, dass das Vertrauen in die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen bei Menschen mit Hauptschulabschluss (bei einem Minus von 11 Prozent) besonders gering ist. Diese Skepsis schließt sich an andere Umfragen an, die bei dieser Gruppe ein sinkendes Vertrauen in die Politik und die Vertretung der eigenen Interessen widerspiegeln. Dies ist besonders vor dem Hintergrund dramatisch, dass auch insbesondere Kinder aus Familien mit niedrigerem Bildungsstatus häufig ein geringeres Selbstvertrauen haben und mit höherer Skepsis in die Zukunft blicken.

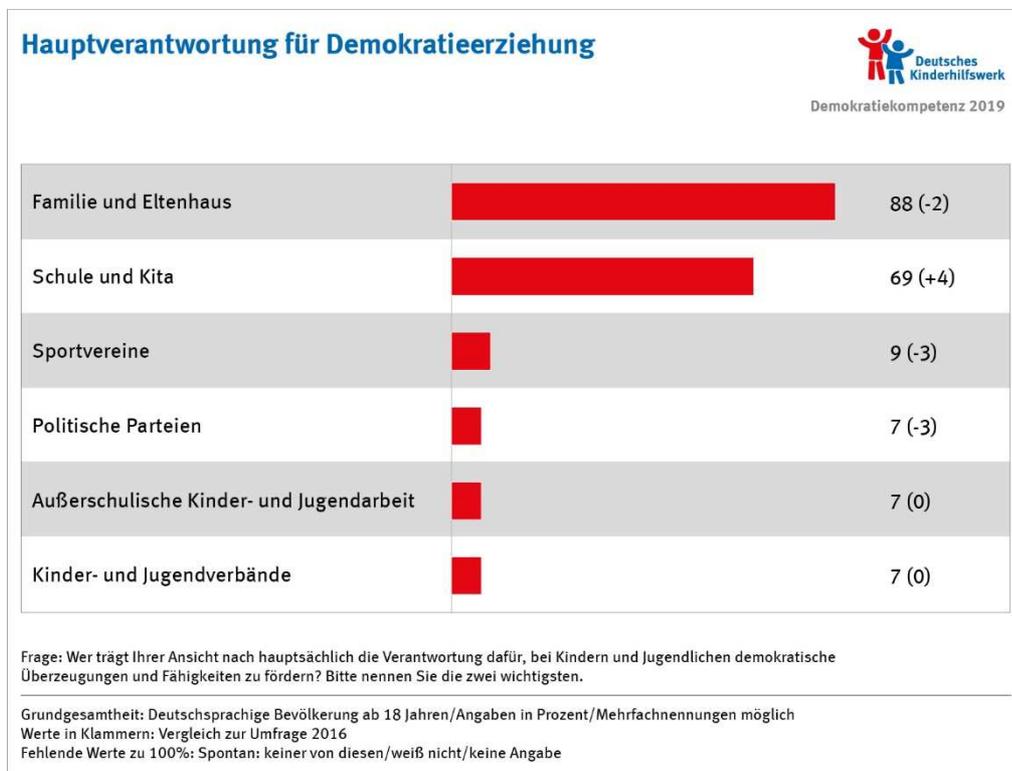
Und auch das deutliche Minus von 14 Prozent bei den Anhängerinnen und Anhängern der FDP sticht ins Auge. Auch wenn nicht explizit nach den Gründen für die Einschätzung, ob sie Kindern und Jugendlichen zutrauen, später Verantwortung für den Erhalt unserer Demokratie zu übernehmen, gefragt wurde, liegt hier doch die Vermutung nahe, dass die Äußerungen des FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner im Zuge der Fridays-for-Future-Bewegung im FDP-Lager noch nachhallt. Politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger können und sollten maßgeblich dazu beitragen, das Bild von Kinder und Jugendlichen als kompetente Bürgerinnen und Bürger mitzuprägen.

Trotz des gestiegenen Vertrauens in die Demokratiefähigkeit von Kindern und Jugendlichen sieht das Deutsche Kinderhilfswerk eine der Hauptherausforderungen aktueller Gesellschaftspolitik darin, Kinder und Jugendliche gesellschaftlich so zu integrieren, dass sie Motivation und Kompetenz für die Sicherung unserer demokratischen Grundordnung entwickeln. Hier ist es Aufgabe von Parteien, Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen, sich für junge Generationen mehr als bisher zu öffnen und Formate der Mitbestimmung und Repräsentation zu schaffen.

Demokratieerziehung: Hauptverantwortung bei Familie und Bildungseinrichtungen

Bei der Vermittlung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten sind nach Ansicht der Befragten die Familie und das Elternhaus zentral: für 88 Prozent der Befragten (minus 2 Prozent) trägt hauptsächlich das familiäre Umfeld die Verantwortung dafür, bei Kindern und Jugendlichen demokratische Überzeugungen und Fähigkeiten zu fördern. Hier liegen die Bewertungen in West- und Ostdeutschland gleichauf. Unterschiede in der Verantwortungszuweisung sind wiederum anhand des Bildungsabschlusses festzustellen: Familie und Elternhaus weisen Menschen mit Haupt-/Volksschulabschluss mit 75 Prozent wesentlich seltener die Verantwortung in dieser Frage zu als Menschen mit mittlerem Abschluss (89 Prozent) oder Abitur/Fachhochschulreife (91 Prozent).

Eine wesentliche Rolle bei der Demokratieerziehung wird auch den Bildungseinrichtungen zugesprochen: 69 Prozent der Bevölkerung (plus 4 Prozent) sind der Ansicht, dass Kitas und Schulen für die Ausbildung demokratischer Fähigkeiten die Hauptverantwortung haben – wobei jüngere Einwohnerinnen und Einwohner unter 30 Jahren (81 Prozent gegenüber 65 Prozent bei Menschen ab 45 Jahren) und Personen mit formal höherer Bildung (74 Prozent gegenüber 61 Prozent bei Menschen mit Haupt-/Volksschulabschluss) die öffentlichen Bildungseinrichtungen etwas stärker in der Pflicht sehen.



Für etwa jeden Elften (9 Prozent) kommt den Sportvereinen besondere Verantwortung bei der Vermittlung demokratischer Werte zu, 7 Prozent sieht die Hauptverantwortung bei den politischen Parteien, der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit sowie Kinder- und Jugendverbänden.

Die Zuweisung der Verantwortung für die Förderung von demokratischen Überzeugungen und Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen an Familie und Elternhaus ist bei allen Parteianhängerinnen und Parteianhängern sehr stark ausgeprägt. Aber auch hier lohnt sich ein genauerer Blick. Die höchste Zustimmung ist bei den Anhängerinnen und Anhängern der AfD (98 Prozent – plus 15 Prozent) zu verzeichnen, bei FDP (90 Prozent – minus 4 Prozent), CDU/CSU (89 Prozent – unverändert) und Grünen (89 Prozent – minus 5 Prozent) ist sie fast gleichauf. Die geringsten Zustimmungsraten in dieser Frage sind bei Linken-Anhängerinnen und Anhängern (87 Prozent – minus 3 Prozent) sowie bei denen der SPD zu verzeichnen (84 Prozent – minus 9 Prozent).

Ebenso differenziert sieht es bei der Zuweisung einer wesentlichen Rolle bei der Demokratieerziehung in Bildungseinrichtungen aus. Die höchste Zustimmung ist bei den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen (75 Prozent – minus 4 Prozent), Union (74 Prozent – plus 5 Prozent) und FDP (72 Prozent – plus 12 Prozent) zu verzeichnen, geringer fällt die Zuweisung in den Reihen der Linken (69 Prozent – minus 3 Prozent), SPD (68 Prozent – plus 8 Prozent) und der AfD (64 Prozent – plus 8 Prozent) aus.

Schlussfolgerungen

Kinder prägen ihre Grundüberzeugungen und Verhaltensweisen zu großen Teilen in der Familie aus, sie ist ein zentraler Ort, um Kindern Demokratie nahe zu bringen. So sieht auch die Mehrheit der Befragten die vorrangige Verantwortung für die Vermittlung demokratischer Überzeugungen und Fähigkeiten bei den Eltern bzw. bei der Familie. Diese Verantwortung kann und sollte ihnen niemand abnehmen. Orientierende, generationsübergreifende Gespräche können hier eine Schlüsselbedeutung für den Demokratietransfer auf die nächste Generation annehmen. Dies zeigte bereits auch der Kinderreport 2015 des Deutschen Kinderhilfswerkes: Demnach sehen Kinder und Jugendliche die Familie als Hauptinformationsquelle in Sachen Kinderrechte an.

Aber auch Partizipation und Mitbestimmung in der Familie spielen als Pfeiler eines demokratischen Grundverständnisses eine hervorgehobene Rolle in der Demokratieerziehung. Partizipation kann und muss in der Familie erfahrbar und erlebbar gemacht werden, indem Kinder von ihren Eltern in Entscheidungen einbezogen werden, Aushandlungsprozesse kennen lernen und die Erfahrung machen, dass ihre Meinung berücksichtigt wird. Zusätzlich ist es jedoch eine politische Aufgabe, Eltern beispielsweise durch Angebote der politischen Bildung bei der Demokratieerziehung in der Familie zu unterstützen. Dabei sollten die Ansätze politischer Bildung für Familien eine breite Zielgruppe in den Blick nehmen und insbesondere bei bildungsfernen Familien möglichst niedrigschwellig ansetzen.

Familien sollten aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes aber nicht mit dieser Verantwortung allein gelassen werden. Sie können und sollten bei dieser Aufgabe bestmöglich durch Bildungseinrichtungen unterstützt werden. Mehr als zwei Drittel der Befragten sehen bei der Demokratieerziehung Kitas und Schule in der Pflicht. Neben der Wissensvermittlung sollten Kinder und Jugendliche auch hier durch Mitbestimmung an demokratische Prozesse herangeführt werden und darüber demokratische Praktiken erlernen können. Ziel sollte es sein, Qualitätsstandards für öffentliche Institutionen wie Schule und Kita in Sachen Demokratiebildung zu etablieren, die inhaltliche wie Beteiligungsaspekte aufgreifen.

Es fällt auf, dass die Rolle anderer gesellschaftlicher Akteure und Einrichtungen bei der Vermittlung von Demokratiekompetenzen von den Befragten als relativ unbedeutend eingeschätzt wird. Während in der Befragung Familie und Bildungseinrichtungen eine starke Verantwortung zugewiesen wird, bleiben politische Parteien, Kinder- und Jugendverbände, Sportvereine sowie die Kinder- und Jugendarbeit als Akteure weit dahinter zurück. Aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes ist die Verantwortung für die Sicherung demokratischer Verhältnisse und Kompetenzen immer eine gesamtgesellschaftliche. Es liegt also auch an diesen anderen gesellschaftlichen Akteuren, ihre Verantwortung stärker wahrzunehmen bzw. darauf hinzuwirken, dass diesbezügliche Angebote besser von der breiten Bevölkerung wahr- und angenommen werden. Insbesondere politische Parteien stehen in der Pflicht, dem zunehmenden Vertrauensverlust entgegen zu wirken und als essentieller Bestandteil des demokratischen Systems ihre Strukturen und Entscheidungsprozesse für die junge Generation zu öffnen, verständlicher und attraktiver zu machen. Aber auch Kinder- und Jugendverbände müssen sich immer wieder mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit sie mit der Vermittlung von Demokratiekompetenz noch stärker auf eine breitere gesellschaftliche Zielgruppe einwirken können.

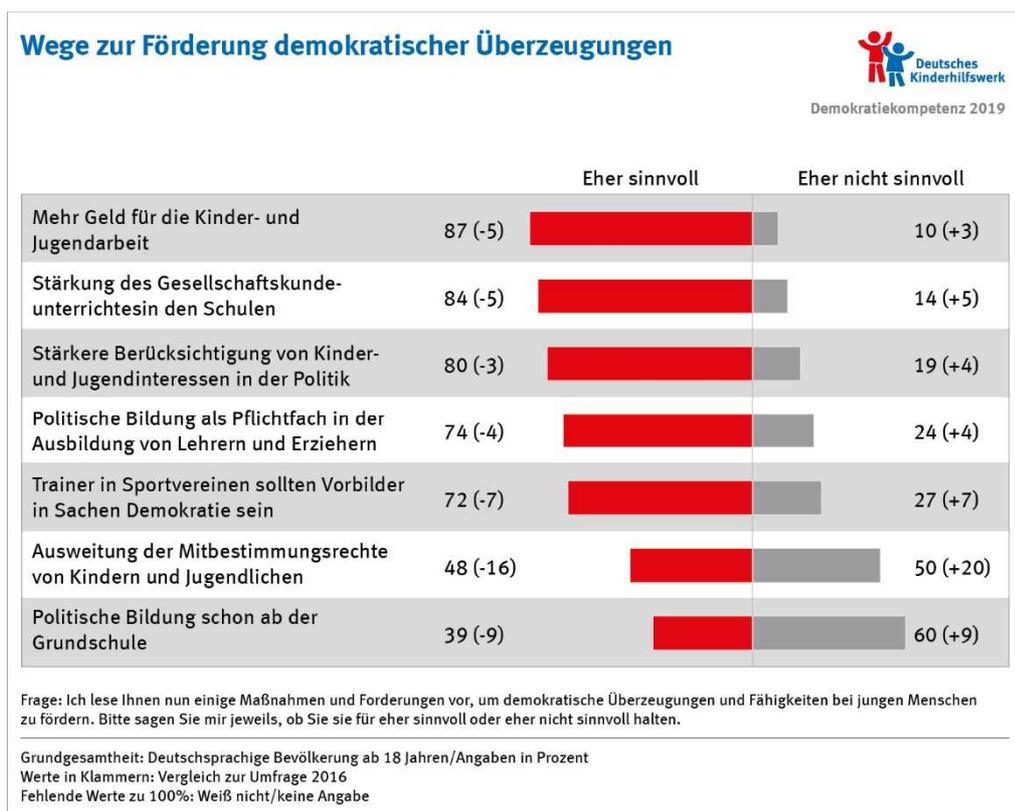
Demokratieerziehung: Finanzielle Unterstützung der Kinder- und Jugendarbeit sowie Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichts am sinnvollsten

Ein genereller Befund vorneweg: Alle Maßnahmen und Forderungen, die den Befragten zur Auswahl gestellt wurden, um demokratische Überzeugungen bei jungen Menschen zu fördern, erhielten teils gravierend niedrigere Zustimmungsraten als vor drei Jahren. Als Interpretation liegt nahe, dass die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen als nicht mehr so wichtig eingeschätzt wird, da die Zuweisung von Demokratiekompetenz an die Kinder und Jugendlichen um 5 Prozent gestiegen ist. Aber das kann die teils wesentlich geringeren Zustimmungsraten nicht vollständig erklären. Vielmehr ist davon auszugehen, dass insbesondere quer zu den politischen Einstellungen eine gewisse Skepsis zu verzeichnen ist, wenn es beispielsweise bei der Frage nach mehr Mitbestimmungsrechten von Kindern und Jugendlichen ans „Eingemachte“ geht, sprich das Teilen von Macht in politischen Prozessen und Entscheidungen.

Ziemlich einig sind sich die Befragten weiterhin, dass die Kinder- und Jugendarbeit stärker finanziell unterstützt werden sollte, um demokratische Überzeugungen und Werte zu fördern: 87 Prozent (minus 5 Prozent) halten mehr Geld für die Kinder- und Jugendarbeit in diesem Zusammenhang für eine sinnvolle Maßnahme. Diese Ansicht ist

in allen Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaften mehrheitlich Konsens. Von ähnlicher Relevanz ist nach Ansicht der Bevölkerung die Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichtes in Schulen – für immerhin 84 Prozent ein sinnvoller Weg zur Vermittlung demokratischer Werte. Hier lohnt der Blick auf die Parteianhängerinnen und Parteianhänger: So halten bei Linken 96 Prozent (plus 1 Prozent), Grünen 90 Prozent (plus 1 Prozent), SPD 87 Prozent (minus 6 Prozent), CDU/CSU 86 Prozent (minus 6 Prozent) und FDP 85 Prozent (minus 9 Prozent) die Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichtes in Schulen für sinnvoll, während im Lager der AfD nur 75 Prozent (minus 5 Prozent) dieser Meinung sind.

In diesem Zusammenhang plädieren rund drei Viertel (74 Prozent – minus 4 Prozent) dafür, dass politische Bildung Pflichtfach in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern sowie Erzieherinnen und Erziehern sein sollte. Diese Forderung wird inzwischen in den westlichen Bundesländern (75 Prozent – minus 5 Prozent) nur etwas häufiger als in den östlichen Bundesländern (73 Prozent – plus 2 Prozent) unterstützt.



Die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen ist für nur noch 48 Prozent (minus 16 Prozent) ein sinnvoller Weg der Demokratieförderung. Für eine stärkere Mitbestimmung der Kinder und Jugendlichen sprechen sich Frauen (52 Prozent – minus 21 Prozent) deutlich häufiger als Männer (42 Prozent – minus 16 Prozent) und Jüngere (56 Prozent – minus 16 Prozent) deutlich häufiger als Ältere (43 Prozent – minus 13 Prozent) aus. Auch zeigen sich deutliche Unterschiede nach Parteipräferenz: während die Anhängerinnen und Anhänger von Linken (67 Prozent – minus 17 Prozent), Grünen (59 Prozent – minus 23 Prozent) und SPD (55 Prozent – minus

14 Prozent) eine stärkere Mitbestimmung begrüßen würden, wird das im Lager der FDP (42 Prozent – minus 10 Prozent), der Union (38 Prozent – minus 22 Prozent) und der AfD (24 Prozent – minus 25 Prozent) anders aus.

Schlussfolgerungen

Das Ergebnis der Befragung ist aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes ein starkes Plädoyer für die Kinder- und Jugendarbeit. 87 Prozent der Befragten sprechen sich für eine stärkere finanzielle Unterstützung in diesem Bereich aus. Deshalb muss dem schleichenden Bedeutungsverlust der Kinder- und Jugendarbeit in Deutschland entschieden begegnet werden. Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Ende 2018 belegen, dass der Anteil der Aufwendungen für die Kinder- und Jugendarbeit an den Gesamtausgaben der Kinder- und Jugendhilfe mit gerade einmal 3,93 Prozent den niedrigsten Wert seit Inkrafttreten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes erreicht hat – bei gleichzeitig immer weiter steigenden Anforderungen, was Kinder- und Jugendarbeit leisten kann und soll. Hier muss dringend politisch nachgesteuert werden. Ohne die notwendigen Ressourcen kann die Kinder- und Jugendarbeit ihre Rolle als Akteur der Demokratiebildung nicht einnehmen. Das ist insbesondere auch für den Zugang zu von Armut betroffenen Kindern und ihren Familien von Bedeutung, für die etwa Jugendzentren wichtige Anlaufstellen oder Ferienmaßnahmen zentrale Angebote sind. Die Kinder- und Jugendarbeit bietet nach Ansicht des Deutschen Kinderhilfswerkes die Möglichkeit, demokratische Überzeugungen niedrigschwellig zu vermitteln und zu fördern, eine breite Zielgruppe zu erreichen und damit außerhalb der klassischen Institutionen eine wichtige unterstützende Funktion einzunehmen.

Neben der Kinder- und Jugendarbeit wird von den Befragten auch die Stärkung des Gesellschaftskundeunterrichts in den Schulen als wichtiger Weg zur Förderung demokratischer Überzeugungen gesehen. In den letzten Jahren mussten die geisteswissenschaftlichen Fächer aber immer mehr zugunsten der sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) weichen, die als konkurrenzfähiger und vielversprechender für das Arbeitsleben angesehen werden. Gerade im Kontext der aktuellen Diskussionen um den Erhalt demokratischer Strukturen zeigt sich jedoch deutlich: Gesellschaftskunde ist kein Gedöns. Die Vermittlung gesellschaftlicher und demokratischer Grundwerte ist Teil der Bildungsaufgabe, die eine umfassende Persönlichkeitsbildung zum Ziel haben sollte.

Eine breite Zustimmung unter den Befragten gibt es darüber hinaus für eine stärkere Berücksichtigung von Kinder- und Jugendinteressen in der Politik. Aber gleichzeitig ist nur noch knapp die Hälfte der Befragten der Meinung, dass diese auch durch die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen erfolgen soll. Das ist aus Sicht des Deutschen Kinderhilfswerkes besorgniserregend. Es ist vielmehr geboten, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verbindlicher als bisher zu regeln, beispielsweise in den kommunalen Gesetzgebungen und Landesverfassungen oder durch geeignete Ausbildungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mit Beteiligungsprozessen von Kindern und Jugendlichen befasst sind. Hier sehen wir einen deutlichen Handlungsauftrag für uns als Kinderrechtsorganisation deutlich zu machen, dass Partizipation schon von Kindesbeinen an vielfältige positive Auswirkungen hat.